

Editorial

Predrag Ćetković und Elisabeth Springler

Der Ausbruch der letzten Finanz- und Wirtschaftskrise wird zumeist mit der Pleite von Lehman Brothers im Herbst 2008 verbunden. Bereits ein Jahr davor gab es allerdings mit Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten schon die ersten Anzeichen von Instabilität. Globale Liberalisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen, die sich vor allem seit den 1980er-Jahren ausbreiteten, begünstigten diese instabile Entwicklung des kapitalistischen Systems. Die Kombination aus Deregulierungsmaßnahmen und steigender Privatisierung mündete in einem Primat der Marktökonomie. Gleichzeitig wurde der Verantwortungsbereich des Individuums ins Zentrum gerückt, Möglichkeiten der eigenständigen „Vorsorge“ und damit die Verschiebung von wohlfahrtsstaatlichen Aufgaben in die Sphäre des Einzelnen erfolgten. Der globalisierte Finanzmarkt sollte die Optionen für diese Verantwortungsübernahme liefern. Diese Entwicklungen werden in der Literatur unter dem Begriff „Finanzialisierung“ subsummiert, wobei auf den einzelnen Märkten sowohl unterschiedliche Formen als auch Schritte hin zum finanzialisierten Markt und bei der Durchdringung der Gesellschaft mit dem Primat des Finanzmarktes unterschieden werden. Das Aufeinandertreffen von derart entfesselten Märkten mündete in der Finanzkrise und in der Folge in der heftigsten Weltwirtschaftskrise seit den 1930er-Jahren.

Die globale Ausbreitung der in den USA entsprungenen Krise zeigte den systemisch instabilen Charakter bzw. die Interdependenzen der sich ausgeformten Akkumulationsmuster auf. Auf der einen Seite standen Länder mit einem auf Konsum und Verschuldung basierten Wachstumsregime und auf der anderen Seite Staaten, die auf Exporte bauten und dadurch die Nachfrage der ersten bedienten. Dadurch entstanden globale Ungleichgewichte die durch den Krisenausbruch einer Korrektur bedurften.

Die angewendeten Korrekturen erforderten jedoch enorme soziale Kosten, vor allem in Ländern die sehr stark von der Krise getroffen wurden, wie beispielsweise Griechenland. Während die Geldpolitik in der Regel durch ihr expansives Element, zumindest zu Beginn der Krise, stabilisierend wirkte, zeichnete sich die Fiskalpolitik durch einen unterschiedlichen Spielraum über die Länder hinweg aus. Der Tenor über die Fiskalpolitik war in der Europäischen Union vor allem durch ein neoliberales Element geprägt.

Begleitet wurden die wirtschaftspolitischen Entwicklungen durch eine relative Starrheit der herrschenden Lehre in der Ökonomie. Gibt es eine Krise? Das ist die Frage, mit der sich ÖkonomInnen auseinandersetzen, während es abseits der Beurteilung eines geeigneten ökonomischen Paradigmas, um die Evaluierung der durchgeführten wirtschaftspolitischen Maßnahmen geht. Ist es gelungen in den letzten 10 Jahren die systemischen Risiken innerhalb der herrschenden kapitalistischen Strukturen zu verringern oder haben sich bei diesem Versuch die Brüche des Systems vertieft? Die vorliegenden Beiträge spannen einen Bogen von der Analyse der Krisenwahrnehmung hin zur Evaluierung des Status Quo 10 Jahre nach der Krise. Dabei lässt sich erkennen, dass viele scheinbar stabilisierende

Maßnahmen getroffen wurden, etwa im Bereich der Finanzmärkte, gleichzeitig aber auch die hegemonialen Strukturen vertieft wurden und ebenso soziale Bruchlinien. Wesentliche Lehren, die aus der Krise, die sich eigentlich als Vielfachkrise darstellt, hätten gezogen werden sollen, sind weiterhin nur unzureichend adressiert, wie die Frage der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen in der kapitalistischen Produktionsweise.

Vor diesen Hintergrund, widmen sich Walter Ötsch und Stephan Pühringer in ihrem Beitrag der Wahrnehmung von Krisen durch ÖkonomInnen aus dem Mainstream. Dazu greifen sie auf drei Beispiele zurück. Das erste Beispiel handelt vom Begriff der Krise im Rahmen des „Hamburger Appells“ aus dem Jahr 2005. Krise wurde hier als Wachstumsschwäche verstanden, die durch hohe Arbeitskosten und hohe Steuerlasten verursacht wurde. Dem folgt eine Abhandlung der Krise von 2008. Es wird der Frage nachgegangen, ob bzw. inwieweit diese Krise überhaupt als Krise des Wirtschaftssystems und der ökonomischen Disziplin verstanden wurde. Schließlich wird mit der Krise 2010 die Debatte um die Staatsschulden als zentralen Faktor thematisiert. Die Verschiebung der Diskussion von der Finanzkrise hin zur Staatsschuldenkrise wird hier ebenso wie der darauf aufbauende Diskurs über die Austeritätspolitik behandelt.

Demgegenüber fasst Martin Pachel die Effekte der Finanzkrise in einem interdisziplinären Umfeld und zeigt die Bruchlinien in der Gesellschaftsstruktur auf, die durch die Maßnahmen zur Überwindung der Finanzkrise nur scheinbar verringert wurden und bei genauerer Betrachtung zu einer Vertiefung hegemonialer Machtstellungen geführt haben. An die Stelle des finanzmarktbasiereten neoliberalen Paradigmas ist, wie er es ausführt, statt einer Strukturänderung die autoritäre Intensivierung eben dieses Paradigmas getreten. Vor dem Hintergrund der ökonomischen Rationalität wird die gesellschaftliche Marginalisierung einzelner Gruppen gefordert und durchgesetzt, die zusätzlich zum neoliberalen Paradigma in einer Umbesetzung der bestehenden sozialen Beziehungen und gesellschaftlichen Grundwerte mündet.

Den Anfang von drei folgenden Beiträgen, die in Zusammenhang mit dem Geld- und Finanzsystem stehen, macht Beat Weber mit dem Thema, wie durch die Finanzkrise Ideen zur Geldreform Auftrieb erfahren haben. Aufbauend auf einer Abhandlung über das Funktionieren von „Geld“ und den damit in Verbindung stehenden Finanzinstitutionen, diskutiert er unterschiedliche Vorschläge zur Geldreform. Einerseits handelt es sich um Reformideen, die an einem Warengeld-Konzept ansetzen. Dabei wird das dezentralisierte Konzept von Bitcoin dem zentralisierten Vollgeld-Konzept gegenübergestellt. Auf der anderen Seite werden auch Reformideen thematisiert, die auf einem Kreditgeld-Charakter aufbauen. Auch hier wird ein zentralisiertes Konzept, das auf einer Geldschöpfung durch den Staat basiert, mit einem dezentralen Konzept, wie jenem von Regionalwährungen verglichen.

Der Frage nach der Stabilität des österreichischen Finanzsystems 10 Jahre nach der Krise geht Maria Kader nach. Der Beitrag beginnt mit einer Darstellung von Reregulierungs-Maßnahmen im Bankensektor, die nach dem Ausbruch der Krise in der Europäischen Union umgesetzt wurden. Dazu zählen zum einen Verschärfungen bzw. Verbesserungen von Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften und zum anderen die Regulierung systemischer Risiken im Rahmen der makroprudenziellen Aufsicht oder Vorschriften für die Abwicklung von Banken. Wie sich diese Maßnahmen auf das Bankensystem ausgewirkt haben wird danach erläutert. Dazu wird die Entwicklung von Indikatoren wie der Eigenkapitalausstattung oder die notleidenden Kredite für das österreichische Bankensystem dargestellt. Die Frage, ob noch weitere systemische Risiken

geblieben sind wird danach gestellt. Dabei wird auf die Bilanzsumme, das Kreditrisiko oder die Eigentumsstrukturen der Banken Bezug genommen. Abschließend befasst sich der Beitrag mit der Frage ob der Bankenregulierung durch die gegenwärtige Politik ein Backlash droht.

Die Effekte der steigenden Bedeutung der Finanzmärkte und der Niedrigzinspolitik der EZB auf den Wohnungsmarkt stehen im Mittelpunkt des Beitrags von Elisabeth Springler. Während durch sinkende Zinsen die Attraktivität von Eigentum steigt und damit unterschiedliche Formen von Finanzialisierung gefördert werden, sinkt die Leistbarkeit von Wohnraum für untere Einkommenschichten mit dem Resultat steigender sozialer Brüche in der Gesellschaft. Die bestehenden institutionellen Rahmenbedingungen sind durch das herrschende neoliberale Paradigma der letzten Jahrzehnte aufgeweicht und stehen nun vor der Herausforderung, die steigenden Bedürfnisse nach leistbarem Wohnraum einer wachsenden Anzahl von Haushalten, die dem Druck der steigenden Wohnungspreise ökonomisch wie auch gesellschaftspolitisch nicht gewachsen sind und nicht in Eigentumsformen wechseln können, zu befriedigen.

Romana Brait, Pia Kranawetter, Miriam Rehm und Christa Schlager behandeln die Krise aus der Perspektive der Feministischen Ökonomie. Sie fokussieren sich dabei auf vier Debatten. Der erste Bereich beschäftigt sich mit der Dominanz von Männern auf den Finanzmärkten. Ein weiterer Bereich thematisiert die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Austeritätspolitik. Der dritte Bereich widmet sich den Frauen in der ökonomischen Disziplin seit der Krise. Schließlich wird die Rolle der Sorge- und Versorgungsarbeit während der Krise und die Ausblendung dieser in der ökonomischen Theorie und Wirtschaftspolitik behandelt. Es wird deutlich, dass wesentliche Elemente der hier thematisierten multiplen Krise des Kapitalismus, die soziale Reproduktion aus Sicht der feministischen Ökonomie ausgeblendet blieben. Es wird verdeutlicht, dass die Stabilisierung des Finanzsektors und die Wiederherstellung der Liquidität nicht als Erfolg gewertet werden kann, wenn die dahinter liegenden gesellschaftlichen Strukturen nicht hinterfragt werden, wie beispielsweise die unbezahlte Arbeit von Frauen.

Im Rahmen seines Beitrags über die Klima- und Vielfachkrise zeigt Mathias Krams in seinem Artikel das Verhältnis der Klimakrise zu anderen Krisendynamiken auf. Er geht dabei auf die Verunmöglichung der Reproduktion der Natur, die in Zusammenhang mit der kapitalistischen Produktion und den damit verbundenen Konsum einhergeht, ein. Weiters wird auch die Krise der sozialen Reproduktion oder politische Krisen thematisiert. Für das Verständnis über den Zusammenhang unterschiedlicher Krisendimensionen stellt er das Konzept der imperialen Produktions- und Lebensweise vor. Ergänzend nennt er auch konkrete soziale Kämpfe um die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse im Rahmen der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit als mobilisierendes Framing, die dann als Basis für die Ableitung alternativer Paradigmen dienen können.

Im Rahmen der Beiträge in diesem Themenheft wird klar, dass die der Krise zugrunde liegenden Ursachen von Politik und herrschender ökonomischer Lehre nur partiell, aber nicht anhand eines breiten Ansatzes angegangen wurden. Durch den partiellen Fokus der Wirtschaftspolitik auf die Lösung/Minimierung der unmittelbaren negativen Effekte der Krise wurde in vielen Fällen die gesellschaftspolitische Ebene ausgeklammert. Mehr noch, die Ursache für die Finanz- und Wirtschaftskrise, das ungezügelte Verhalten der Finanzmärkte auf Basis der paradigmatischen neoliberalen Grundlagen wurde nicht ersetzt, sondern in seinen Grundfesten gestärkt. Die Forderungen nach einem strukturellen Wandel, die die Inklusion aller gesellschaftlicher Gruppen als Ziel sehen und einen multidimen-

sionalen und interdisziplinären Ansatz zur Betrachtung der inhärenten systemischen Risiken des bestehenden Kapitalismus als Notwendigkeit sehen, stehen von der herrschenden Elite scheinbar ungehört im Raum.